

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 1 · 2. Februar 2016

Folgen einer Nacht

Die Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof während der Silvesternacht standen im Mittelpunkt einer Sonder-sitzung des Landtags. Auch im regulären Plenum und in den Ausschüssen ging es um die Vorfälle. S. 3–5

Flüchtlingspolitik

Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde erneut mit dem Thema Flüchtlingspolitik beschäftigt. In der Plenardebatte ging es u. a. um Konzepte auf Bundes- und Landesebene. S. 7

Feuerwehr und Ehrenamt

Rund 86.000 Menschen engagieren sich in NRW ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ihr Einsatz und der der hauptamtlichen Kräfte wird bei einem Parlamentarischen Abend gewürdigt. S. 12–13

Berufliche Bildung

Bei einer Anhörung im Schulausschuss äußerten sich Sachverständige zur beruflichen Bildung. Sie sei ebenso wichtig wie die allgemeine Bildung, hieß es übereinstimmend. S. 15

Über die Hürde

Sperrklausel bei Kommunalwahlen?

Die Konsequenzen einer Nacht

Es war ein Gewaltausbruch ohne Beispiel: In der Silvesternacht wurden Hunderte von Frauen am Kölner Hauptbahnhof beschimpft, bedrängt, belästigt, missbraucht und bestohlen. Auch in Düsseldorf, Dortmund und Bielefeld kam es zu Übergriffen – in allen vier Städten wurden bis Ende Januar fast 1.000 Straftaten angezeigt, darunter Vergewaltigungen. Die Tatverdächtigen stammen nach bisherigen Ermittlungen mehrheitlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum.

Neue Hürde bei Kommunalwahlen?

Mit den Konsequenzen dieser Silvesternacht befasste sich der Landtag allein in zwei Sondersitzungen: Am 11. Januar 2016 kamen – begleitet von einem großen Medieninteresse – die Mitglieder des Innenausschusses zu einer Sondersitzung zusammen. Am 14. Januar 2016 tagte das Plenum zu den Vorfällen in Köln. Auch in der darauffolgenden Ausschusswoche und den regulären Plenarsitzungen Ende Januar blieb Köln das beherrschende politische Thema. So setzte das Plenum einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Vorfälle ein. Landtag Intern berichtet über die Debatten auf den Seiten 3 bis 5.

Sollte es bei den Kommunalwahlen an Rhein und Ruhr künftig wieder eine Sperrklausel geben? Mit dieser Frage befassten sich Sachverständige in einer Anhörung von Hauptausschuss und Ausschuss für Kommunalpolitik. Anlass war ein Antrag von SPD, CDU und GRÜNEN, der eine Sperrklausel in Höhe von 2,5 Prozent vorsieht – mit dem Ziel, künftig eine „Zersplitterung der Kommunalvertretungen“ zu verhindern. Der NRW-Verfassungsgerichtshof hatte 1999 die bis dahin geltende 5-Prozent-Sperrklausel für verfassungswidrig erklärt. Lesen Sie auf den Seiten 9 bis 11, was die externen Sachverständigen zu den neuen Plänen sagten und wie die Expertinnen und Experten der fünf Fraktionen zu dem Vorhaben stehen.

Weiteres Thema dieser ersten Ausgabe des Jahres 2016 ist die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Der Landtag wird sich Anfang März bei einem Parlamentarischen Abend damit befassen. Landtag Intern nahm dies zum Anlass, mit Berthold Penkert zu sprechen, dem Leiter des Instituts der Feuerwehren NRW. Lesen Sie zudem, wie der Innenausschuss über die Serie von Geldautomaten-Sprengungen debattierte und wie Opfer von Straftaten künftig besser geschützt werden sollen.

wib



Titelthema: Über die 2,5-Prozent-Hürde

Pro und Contra Sperrklausel	9
Schlag auf Schlag	10-11

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).
Redaktionsschluss: Donnerstag, 28. Januar 2016, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein	3
Heftige Debatte nach Kölner Silvester-Übergriffen	4-5
Meldungen	6
Aktuelle Stunde: Flüchtlingspolitik	7

Gesetzgebung	8
---------------------------	---

Forum

Feuerwehr – meist eine Sache der Freiwilligen	12-13
---	-------

Aus den Ausschüssen

Bankraub explosiv	14
Mehr Wertschätzung für berufliche Bildung	15
Beistand für die Zeugen	18

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	-------

Forum

Porträt: Josef Wirtz (CDU)	19
Abschied von Uli Hahnen	19
Kurz notiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Köln und die Folgen

Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein

27. Januar 2016 – Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss soll die Ereignisse am und im Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht aufklären (siehe auch Berichte auf den Seiten 4 und 5). Der Landtag beschloss die Einsetzung des Gremiums mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Daniel Schwerd.



Foto: Schälte

Die PIRATEN enthielten sich. Dem Untersuchungsausschuss ([Drs. 16/10798](#)) werden zwölf Mitglieder angehören. Den Vorsitz übernimmt Peter Biesenbach (CDU), stellvertretender Vorsitzender ist Martin Börschel (SPD).

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich u.a. auf die Personalsituation der Polizei, die sogenannten Hogesa-Krawalle bei Köln im Jahr 2014 sowie die sexuelle Gewalt gegenüber Frauen und sogenannte No-Go-Areas, also rechtsfreie Räume.

Für die CDU-Fraktion sagte [Peter Biesenbach](#), vorrangige Aufgabe des Gremiums müsse sein, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat wiederherzustellen. Er betonte: „So etwas darf sich nicht wiederholen.“ Er freue sich auf die Arbeit im Ausschuss, mache sich aber keine Illusionen: Die Mitglieder hätten einen „Berg an Arbeit“ vor sich. Erfolg werde das Gremium haben, wenn es sich ernsthaft kümmere, Lösungen finde und Vertrauen wiederherstelle.

[Marc Lürbke](#) (FDP) nannte die Silvesternacht eine „Zäsur für das Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung. Das Vertrauen in den Rechtsstaat sei „in erheblichem Maß“ beschädigt worden. Folge seien „erste Formen der Selbstjustiz“ und Bürgerwehren. „Das ist ein brandgefährlicher Trend, den wir nicht dulden können und wol-

len.“ Daher sei es Aufgabe des Untersuchungsausschusses, Vertrauen zurückzugewinnen. Es sei eine „lückenlose Aufarbeitung“ notwendig.

Für eine transparente und vorurteilsfreie Aufarbeitung ohne Mutmaßungen und Unterstellungen sprach sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende [Hans-Willi Körfges](#) aus. Ziel müsse es sein, Fehler bei der Landes- sowie bei der Bundespolizei aufzuarbeiten. Es gehe nicht nur um die Geschehnisse vor dem Hauptbahnhof, sondern auch im Gebäude. Der Untersuchungsausschuss dürfe aber kein Ort für „partei-politisches Kalkül“ werden, mahnte Körfges.

Sexualisierte Gewalt

Dass auch das Thema sexualisierte Gewalt in der gesamten Gesellschaft thematisiert werden soll, begrüßte [Matthi Bolte](#) (GRÜNE). Solche Taten passierten im Alltag tausendfach, ohne dass die Täter zur Rechenschaft gezogen würden. Nötig sei eine bessere Prävention. Die Aufklärung der Silvester-Übergriffe sei man den Frauen, aber auch den Flüchtlingen schuldig. „Die Menschen dürfen jetzt nicht einem Generalverdacht ausgesetzt werden“, sagte Bolte.

Seine Fraktion lehne den Untersuchungsausschuss ab, erklärte PIRATEN-Fraktionsvorsitzender [Michele Marsching](#): „Wir brauchen

keinen erneuten Missbrauch der Opfer für Wahlkampfzwecke.“ Er vermisse die Opferperspektive im Katalog der Fragen, die der Ausschuss klären solle. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss stelle nicht das Vertrauen in den Rechtsstaat wieder her. Stattdessen solle der Innenminister zurücktreten und einem Nachfolger „mit Rückgrat“ Platz machen.

Zwar ändere auch ein Untersuchungsausschuss an diesem „vollkommenen Staatsversagen“ nichts, aber Aufklärung tue „bitter Not“, erklärte der fraktionslose Abgeordnete [Daniel Schwerd](#).

Ein Änderungsvorschlag des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd ([Drs. 16/10884](#)) wurde abgelehnt. *Christian Wolf, sow, wib*

Thema in Ausschüssen

Die Übergriffe in der Silvesternacht waren auch Thema in den Fachausschüssen. Für den Rechtsausschuss (20. Januar 2016) hatte die FDP eine Aktuelle Viertelstunde zum 15-Punkte-Programm der Landesregierung beantragt. Ebenfalls am 20. Januar befasste sich der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation mit den Übergriffen. Im Innenausschuss standen die Übergriffe am 21. Januar erneut auf der Tagesordnung. Zuvor hatte es bereits eine Sondersitzung dazu gegeben.

Heftige Debatte nach

Abgeordnete kommen zu Sondersitzung zusammen

14. Januar 2016 – Köln, die Nacht zum 1. Januar. Im Hauptbahnhof und auf dem Vorplatz werden Frauen sexuell bedrängt, beraubt und bestohlen. Die Landesregierung spricht von fast 1.000 Anzeigen in Köln und drei weiteren Städten. In vielen Fällen habe es sich um Sexualstraftaten gehandelt, darunter zwei vollendete und zwei versuchte Vergewaltigungen. Tatverdächtig sind mehrheitlich junge Männer mutmaßlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. Die Übergriffe standen im Mittelpunkt einer von CDU und FDP beantragten Sondersitzung des Landtags.

Die Oppositionsfraktionen attackierten die Landesregierung scharf, vor allem Innenminister Ralf Jäger (SPD). Zuvor hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Abgeordneten über Konsequenzen aus dem Vorfall unterrichtet.

Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** sagte: „Es tut mir unendlich leid, dass das geschehen konnte.“ Und: „Es lag in unserer Verantwortung.“ Es werde alles dafür getan, das Sicherheitsgefühl wiederherzustellen und dass so etwas nicht wieder geschehe. Kraft kündigte an, mit einer zentralen Anlaufstelle, mehr Personal in den Staatsanwaltschaften und hohen Belohnungen für Hinweise für eine konsequente Strafverfolgung zu sorgen. Zudem solle die innere Sicherheit gestärkt werden – u. a. mit beschleunigten Strafverfahren, möglichst schnell 500 Polizeikräften zusätzlich, einer Ausweitung der Videoüberwachung und einem intensiveren Datenaustausch mit Behörden im In- und Ausland.

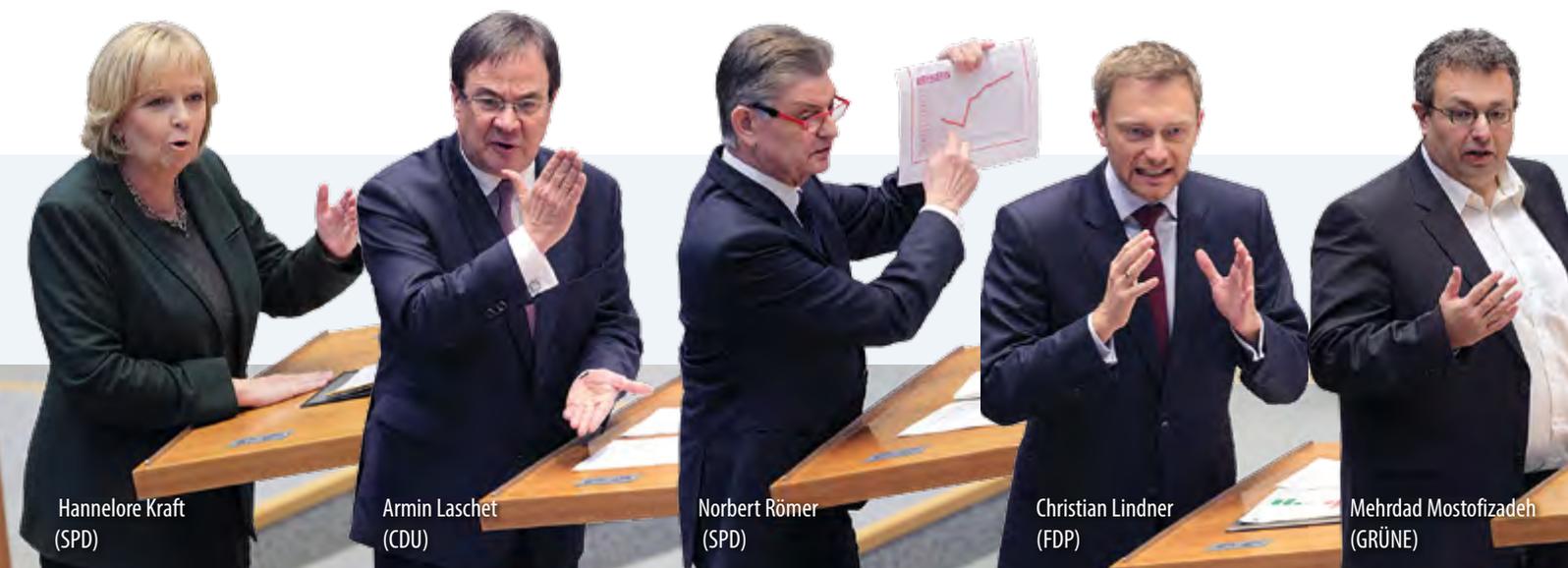
„Was Sie heute vorgetragen haben, ist eine Bankrotterklärung von fünf Jahren Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen“, antwortete CDU-Fraktionschef **Armin Laschet**. „Wenn das heute ein Kurswechsel sein sollte und Sie meinen, das geht idealerweise mit dem Minister, der fünf Jahre lang das Gegenteil gemacht hat, dann haben Sie uns nicht an Ihrer Seite.“ Laschet warf dem Innenminister fehlenden Anstand vor und kritisierte, dass er seine Verantwortung als Ressortchef „nach unten wegdrückt“. Wenn die Ministerpräsidentin es ernst meine, müsse sie der Polizei die Instrumente der Schleierfahndung sowie Body-Cams gewähren, eine Strukturreform einleiten und auf Videoüberwachung setzen.

Die Polizei sei in jener Nacht überfordert gewesen und habe als Behörde versagt, sagte SPD-Fraktionschef **Norbert Römer**. Dies gelte jedoch nicht für einzelne Beamte. Römer versprach, alles zu tun, um eine Wiederholung der Gewaltexzesse zu verhindern. Zugleich

stellte er sich hinter den Innenminister. Niemand habe in den vergangenen Jahren mehr für die innere Sicherheit in NRW geleistet als Jäger. Kein anderer Innenminister sei konsequenter gegen Rocker, Islamisten und Salafisten vorgegangen. Jäger habe der Polizei die Stärke zurückgegeben, die CDU und FDP ihr zuvor genommen hätten. Römer warf Laschet vor, die Ängste der Bevölkerung für eigene politische Zwecke nutzen zu wollen.

Der Silvesterabend in Köln markiere eine Zäsur, meinte FDP-Fraktionschef **Christian Lindner**: „Die Ereignisse erschüttern das Vertrauen in das Gewaltmonopol des Staates.“ Aus aktueller Verunsicherung dürfe aber keine generelle Vertrauenskrise werden. Ministerpräsidentin Kraft habe die Dimension der Ereignisse immer noch nicht erkannt. Sie arbeite sich an einer Opposition ab, die seit 2010 keine Regierungsverantwortung mehr trage. Dies zeige ihre Hilflosigkeit. Wie Laschet griff auch Lindner den Innenminister an. Jäger habe die „Taktik des Aufklärens und Anklagens nur gewählt, um die eigene Haut zu retten“. Die öffentliche Sicherheit in NRW sei ihm „weitgehend entglitten“.

Mehrdad Mostofizadeh, GRÜNEN-Fraktionschef, sagte, es tue ihm leid, dass in Köln Frauen nicht hätten geschützt werden können. Dies sei „beschämend“. Nun gehe es darum, Vertrauen wiederherzustellen und die Geschehnisse genau aufzuarbeiten. So müsse es eine schnelle Strafverfolgung und eine schnelle Bestrafung



Hannelore Kraft
(SPD)

Armin Laschet
(CDU)

Norbert Römer
(SPD)

Christian Lindner
(FDP)

Mehrdad Mostofizadeh
(GRÜNE)

Silvester-Übergriffen

der Täter geben. Nur der handlungsfähige und starke Staat könne die Schwachen wirksam schützen. Daher unterstütze seine Fraktion u. a. das Ansinnen der Landesregierung, mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Mostofizadeh mahnte zugleich, dass die Taten von Köln nicht von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden dürften, um Menschen unter einen Generalverdacht zu stellen.

Für die Fraktion der PIRATEN sagte der Vorsitzende **Michele Marsching**, die späte Reaktion der Polizei in Köln sei ein „Skandal“. Dem Innenminister warf er „Totalversagen“ vor. Jägers Bilanz sei „vernichtend“. Wer die eigene Polizei nun an den Pranger stelle, der klammere sich an den letzten Strohalm. Marsching rief Jäger zu: „Es wird Zeit, dass Sie die Größe haben, selbst die politische Verantwortung zu übernehmen. Ich fordere Sie hiermit klipp und klar auf: Treten Sie zurück!“ Er warnte davor, Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. Die Vorfälle von Köln dürften nicht dafür herangezogen werden, um eine Verschärfung des Asylrechts zu fordern.

Der fraktionslose Abgeordnete **Daniel Schwerd** sagte, die Ereignisse von Köln hätten alle entsetzt. Es dürfe aber keine Vermischung mit der Frage geben, wie Deutschland weiter mit der Integration von Flüchtlingen umgehe. Asylrecht sei ein Menschenrecht, kein Gastrecht.

Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) entschuldigte sich bei den Opfern der Silvesternacht. Was den Frauen dort passiert sei, „tut mir auf-

richtig und unendlich leid“. Es sei seine Aufgabe als Innenminister, Fehler anzusprechen und dafür zu sorgen, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholten. Die Polizisten, die in der Nacht in Köln im Einsatz gewesen seien, hätten alles gegeben und litten selbst darunter, dass sie nicht alle Frauen hätten schützen können. Es

habe aber „erhebliche und gravierende Fehler“ in der Einsatzführung gegeben. Der Minister betonte: „Ich möchte mich für diese Fehler bei den Opfern entschuldigen.“ So sei keine Verstärkung gerufen worden, obwohl diese zur Verfügung gestanden habe. Die Öffentlichkeitsarbeit sei „fatal“ gewesen. *sow, wib, zab*

Schlagabtausch schon im Innenausschuss

Der Innenausschuss hatte sich bereits am 11. Januar 2016 in einer Sondersitzung mit den Übergriffen am Kölner Hauptbahnhof befasst. Das Bild, das die Kölner Polizei in dieser Nacht abgegeben habe, sei nicht akzeptabel, sagte Innenminister Ralf Jäger (SPD) in der Sitzung. Sprecher von CDU und FDP warfen dem Minister vor, den „Schwarzen Peter“ der Polizei zuschieben zu wollen.



NRW-Innenminister Jäger erläutert die Situation in Köln anhand von Luftaufnahmen.

Wegen des großen öffentlichen Interesses wurde die Debatte in einen weiteren Sitzungssaal übertragen. Zahlreiche deutsche und ausländische Medien waren vertreten.

Theo Kruse (CDU) beklagte im Ausschuss eine „schleichende Erosion des Rechtsstaates“. **Marc Lürbke** (FDP) sprach von „Pannen“, „Versäumnissen“ und „fehlerhafter Aufarbeitung“.

Innenminister Jäger wies eine persönliche Verantwortung zurück. Die Fehler seien in Köln gemacht worden. Als Minister könne und wolle er nicht in „operative Lagen“ eingreifen. Es gelte, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dabei müssten auch unbequeme Themen angesprochen werden, eine „falsch verstandene political correctness“ sei fehl am Platze. Der Minister wies

Vermutungen zurück, die Landesregierung habe die Polizei angewiesen, die Herkunft der Tatverdächtigen zu verschweigen.

Er sei „maßlos enttäuscht“, dass der Bericht der Landesregierung so spät komme, sagte **Frank Herrmann** (PIRATEN). Zudem enthalte der Bericht nicht viel Neues. Dass die Übergriffe nun von Rechtsextremisten instrumentalisiert würden, sei erschreckend, sagte **Verena Schäffer** (GRÜNE). Sexualisierte Gewalt habe es schon vor der Ankunft der Flüchtlinge gegeben. Der Bericht der Landesregierung decke schonungslos die Fehler der Polizeibehörde auf, erklärte **Thomas Stotko** (SPD). Er fragte, ob die Bundespolizei möglicherweise überfordert gewesen sei. NRW-Polizei habe Frauen zu den Bahnsteigen begleiten müssen.



Fotos: Schälte

Michele Marsching
(PIRATEN)



Foto: Schälte

Pensionsfonds beschlossen

27.1.2016 – Der Landtag hat das Gesetz zur Errichtung eines Pensionsfonds ([Drs. 16/9568](#)) beschlossen. Es handelte sich um einen Entwurf der Landesregierung. Die bisherigen Sondervermögen „Versorgungsrücklage“ und „Versorgungsfonds“ werden von 2017 an zum Sondervermögen „Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen“ zusammengelegt. Das bereits angesparte Vermögen wird vollständig auf das neue Sondervermögen übertragen. Um es weiter auszubauen, werden ab 2018 jährlich 200 Millionen Euro zugeführt. Hintergrund: Das Versorgungssystem der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes stehe aufgrund der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen, so die Landesregierung. Ziel sei eine „nachhaltige und generationengerechte Finanzierung der künftigen Versorgungsausgaben“. Für das Gesetz stimmten SPD und GRÜNE, dagegen waren CDU, FDP und PIRATEN.

Neues Krebsregister

27.1.2016 – Das in NRW seit 2005 bestehende epidemiologische Krebsregister wird um ein klinisches Register ergänzt. Das hat der Landtag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP beschlossen. Grundlage der Beratungen war ein Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/9518](#)). Das epidemiologische Register erfasst, speichert und interpretiert bevölkerungsbezogenen Informationen zu Krebserkrankungen und Betroffenen. Das klinische Register ermöglicht die Erhebung und Auswertung behandlungsbezogener Daten. Durch die Zusammenführung beider Register in das „Landeskrebsregister NRW“ sollen die Qualität der medizinischen Versorgung und die Datengrundlage für die Forschung verbessert werden. Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser sind meldepflichtig. Die Daten können aber verschlüsselt gespeichert werden.

kerungsbezogenen Informationen zu Krebserkrankungen und Betroffenen. Das klinische Register ermöglicht die Erhebung und Auswertung behandlungsbezogener Daten. Durch die Zusammenführung beider Register in das „Landeskrebsregister NRW“ sollen die Qualität der medizinischen Versorgung und die Datengrundlage für die Forschung verbessert werden. Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser sind meldepflichtig. Die Daten können aber verschlüsselt gespeichert werden.

WDR-Gesetz verabschiedet

27.1.2016 – Das Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes und des Landesmediengesetzes NRW ([Drs. 16/9727](#), [16/10882](#), [16/10883](#)) ist beschlossene Sache. Der Landtag verabschiedete den Entwurf der rot-grünen Landesregierung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN. Die Oppositionsfaktionen stimmten dagegen. Neu geregelt werden u. a. die Aufgabenbereiche des WDR-Rundfunkrats und des -Verwaltungsrats.

Sicherheit in Bussen und Bahnen

27.1.2016 – Um sowohl Fahrgäste als auch das Personal in Bussen und Bahnen vor immer häufiger werdenden Übergriffen zu schützen, fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag ([Drs. 16/10794](#)) ein Sofortprogramm. Konkret regt sie an, verglaste Fahrererkabinen zu testen, in jedem Zug eine, nachts zwei Sicherheitspersonen mit-

fahren zu lassen und Bahnsteige, Busse und Bahnen permanent per Video zu überwachen. Außerdem soll die Landesregierung gemeinsam mit den Nahverkehrs-Zweckverbänden ein Sicherheitskonzept für den ÖPNV in NRW erarbeiten. In direkter Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt. Die CDU stimmte für ihn, SPD, GRÜNE und PIRATEN dagegen, die FDP enthielt sich und legte einen Entschließungsantrag ([Drs. 16/10886](#)) vor, der ebenfalls abgelehnt wurde.

Erweiterte Krebsvorsorge

27.1.2016 – Brustkrebs sei zwar dank Prävention und Behandlungsmethoden seltener tödlich als noch vor zehn Jahren, aber immer noch die häufigste Todesursache bei Frauen, schreibt die FDP-Fraktion in ihrem Antrag „Mammographie für alle Altersschichten: Prävention stärken, Altersdiskriminierung verhindern“ ([Drs. 16/8460](#)). Es handelt sich bei dem Verfahren um eine Röntgenuntersuchung der weiblichen Brust, bei der schon sehr kleine, nicht tastbare Tumore in einem frühen Stadium sichtbar werden können. Da die Krankenkassen jedoch nur für Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren das Screening bezahlen, soll die Landesregierung sich auf Bundesebene für eine Aufhebung der Altersbeschränkung einsetzen und außerdem auf eine regere Teilnahme an Früherkennungen hinwirken. FDP und CDU stimmten für den Antrag, eine Mehrheit aus SPD, GRÜNEN und PIRATEN lehnte ihn ab.



Neue Abgeordnete

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat in der Plenarsitzung am 28. Januar 2016 zwei neue Abgeordnete verpflichtet: [Angela Tillmann](#) (SPD) aus Mönchengladbach rückt für Dr. Roland Adelman (SPD) in den Landtag nach, der Ende 2015 sein Mandat niedergelegt hatte. [Gerd Stüttgen](#) (SPD) aus Arnsberg ist Nachfolger des im Januar verstorbenen SPD-Abgeordneten Uli Hahnen.

Foto: Schälte

Flüchtlingspolitik im Fokus

Aktuelle Stunde im Landtag über Konzepte

27. Januar 2016 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde erneut mit dem Thema „Flüchtlingspolitik“ befasst. Anlass war ein Antrag der FDP-Fraktion. Die Liberalen kritisierten die „Uneinigkeit der Bundesregierung“ und forderten, die Landesregierung müsse „Farbe bekennen“.

Die FDP ging in ihrem Antrag ([Drs. 16/10868](#)) auf den von der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Julia Klöckner vorgelegten „Plan A2“ zur Flüchtlingspolitik ein. CDU und CSU signalisierten Zustimmung, die SPD Ablehnung, so die Liberalen. Klöckner hatte u. a. „Grenzzentren“ für Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive

Fotos: Schälte



Dr. Joachim Stamp (FDP)



Hans-Willi Körfges (SPD)



André Kuper (CDU)

und „tagesaktuelle Kontingente“ zur Verteilung der Schutzsuchenden angeregt.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende [Dr. Joachim Stamp](#) warnte vor einem Scheitern der Flüchtlingspolitik. „Aus einer Willkommenseuphorie wird zunehmend eine Stimmung der Angst, Ablehnung und teilweise auch der Hysterie“, sagte er und forderte eine „klare Wende“. Im Bund fehle es an einem durchsetzungsfähigen Konzept. Weder eine Abschaffung der Fluchtursachen noch eine Sicherung der EU-Grenzen gelinge kurzfristig. Die FDP wolle neue europäische Regeln, bis dahin müssten die geltenden angewendet werden.

SPD-Fraktionsvize [Hans-Willi Körfges](#) warf der FDP vor, mit einer „überflüssigen Debatte“ auf sich aufmerksam machen zu wollen. Er sprach sich für eine gerechte Flüchtlingsverteilung in der EU, die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie eine Definierung der Außengrenzen aus. Der Vorschlag für tagesaktuelle Kontingente sei nur eine neue Beschreibung für Obergrenzen und Grenzzentren seien nichts anderes als Transitzone, die Körfges „Unfug“ nannte. Das Bild der Union in Berlin sei „eine Katastrophe“.

„Die Bundesregierung ist einig“, konstatierte [André Kuper](#) (CDU). Diskussionen und freie Meinungsäußerung in den Parteien seien Teil der Demokratie. Positiv fand er, dass die Flüchtlingszahlen von 8.000 hin zu 650 Menschen pro Tag deutlich abgenommen hätten. Und über das Ziel einer spürbaren, dauerhaften und nachhaltigen Reduzierung gebe es auch keinen Streit. Der Landesregierung warf Kuper vor, jegliche Vorschläge abzulehnen, ohne selbst eigene zu machen. Sie habe die Kommunen mehr als nötig belastet.

„Schnellere Verfahren“

[Monika Düker](#) (GRÜNE) plädierte für eine „interfraktionelle Politik der Ehrlichkeit und Vernunft“, statt „Machtspielchen auf dem Rücken der Flüchtlinge“ zu betreiben. Sie forderte beschleunigte Asylverfahren und verwies auf insgesamt 20 Monate Zeit, bis ein Asylverfahren für Menschen aus Marokko oder Algerien abgeschlossen sei. Zweitens sei eine Integrationspauschale für die Kommunen notwendig. Drittens warb sie für Rückkehrberatung. Erfahrungen zeigten, dass dann 75 Prozent der Beratenen freiwillig gingen.



Monika Düker (GRÜNE)



Simone Brand (PIRATEN)



Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Aktualität und NRW-Bezug des FDP-Antrags seien „an den Haaren herbeigezogen“, sagte [Simone Brand](#) (PIRATEN): „Sie reiten ein totes Pferd.“ Brand wies auf Probleme in Nordrhein-Westfalen hin, u. a. bei der Flüchtlingsunterbringung. Sie sprach von Ghettoisierung und fragte: „Wo sind die seit Jahren angekündigten Sozialwohnungen?“ Die PIRATEN-Sprecherin beklagte eine „Scheindebatte“ und warnte vor Obergrenzen bei der Flüchtlingsaufnahme. Das Asylrecht kenne solche Obergrenzen nicht, betonte sie.

Wichtig sei eine klare Linie in der Flüchtlingspolitik, erklärte Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD). Die Union aber fahre mit den Positionen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), CSU-Chef Horst Seehofer und Julia Klöckner, der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, dreigleisig. Klöckners „Plan A2“ enthalte keine Ideen und keine Impulse, sondern „olle Kamellen“. Weltweit seien 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung. Sie ließen sich nicht von Debatten über Transitzone oder Familiennachzug aufhalten.

Christian Wolf, sow, zab

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zum Bürokratieabbau in den Kommunen | [Drs. 16/8649](#) | CDU | 2. Lesung 27.1.2016 | abgelehnt

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunal-ebene | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen | [Drs. 16/8933](#) | Landesregierung | 2. Lesung 27.1.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes | [Drs. 16/9518](#) | Landesregierung | 2. Lesung 27.1.2016 | angenommen

Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9568](#) | Landesregierung | 2. Lesung 27.1.2016 | angenommen

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes und des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9727](#) | Landesregierung | 2. Lesung 27.1.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9809](#) | Landesregierung | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9805](#) | CDU | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [Drs. 16/9887](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10057](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Regulierungskammer Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10189](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben über die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10308](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes | [Drs. 16/10247](#) | Landesregierung | 2. Lesung 27.1.2016 | angenommen

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10379](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10380](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes | [Drs. 16/10493](#) | Landesregierung | 1. Lesung 27.1.2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften | Landesregierung | [Drs. 16/10799](#) | 1. Lesung 27.1.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Pro und Contra Sperrklausel

Anhörung zur geplanten Wiedereinführung

21. Januar 2016 – SPD, CDU und GRÜNE wollen eine Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen einführen. Damit könne eine „Zersplitterung der Kommunalvertretungen“, die die Handlungsfähigkeit der Räte und Kreistage beeinträchtigt, verhindert werden. In einer Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kommunalpolitik äußerten sich zahlreiche Sachverständige dazu.

Grundlage der Anhörung war ein Gesetzentwurf von SPD, CDU und GRÜNEN (Drs. 16/9795). Nachdem der NRW-Verfassungsgerichtshof 1999 die bis dahin geltende 5-Prozent-Sperrklausel für verfassungswidrig erklärt und das Land die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen dazu gestrichen hatte, sei es zu einer „Zersplitterung der Kommunalvertretungen“ gekommen, heißt es im Entwurf. Die Handlungsfähigkeit der Räte und Kreistage sei dadurch beeinträchtigt. U. a. könnten sich Tagesordnungen und Sitzungen „in einem unverhältnismäßigen Maß in die Länge ziehen“.

Dies bestätigte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW (Städte- und Landkreistag, Städte- und Gemeindebund): „Ausschuss- und Rats- sowie Kreistagssitzungen dauern teilweise bis weit in die Nacht, weil mitunter gerade die Vertreter von Splitterparteien und Einzelmandatsträger durch das Stellen immer neuer Anträge oder von Nachfragen die Entscheidungsfindung verzögern.“

Für die Verabschiedung des Haushalts 2016 sei in der Stadt Düsseldorf eine 15-stündige Ratssitzung erforderlich gewesen, so die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik, die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und die Grünen/Alternativen in den Räten NRW in einer gemeinsamen Stellungnahme. Sie wiesen auf den zeitlichen Mehraufwand hin, denen ein ehrenamtliches Ratsmitglied ausgesetzt sei: „Extrem lange und strapaziöse Sitzungen belasten unmittelbar die Vereinbarkeit des kommunalen Mandats mit Beruf und Familie.“

Ulrich Roland, Bürgermeister in Gladbeck, kritisierte ebenfalls das Fehlen einer Sperrklausel. Folgen seien „mangelnde Effizienz kommunalpolitischer Arbeit“ und eine „erhebliche Bündelung von Ressourcen in der Verwaltung“. Das Fehlen einer Sperrklausel sei „letztlich keine Stärkung, sondern eine Schwächung der De-

mokratie“. Die Mehrheitsbildung in den Räten werde schwieriger, befand auch Helmut Ludwig, Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN im Rat der Stadt Aachen.

Man begrüße die Einführung einer Sperrklausel von 2,5 Prozent ausdrücklich, schrieb die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg. Der Vorschlag sei vernünftig und sollte zur nächsten Kommunalwahl umgesetzt werden, so Stefan Weber, CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Münster.

„Zersplitterung“

Die Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen sei mittlerweile erheblich gestört, erklärte Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum). Es zeige sich eine „erhebliche Zersplitterung und Fragmentierung insbesondere in den Groß-, aber auch in den Mittelstädten“.

Eine Funktionsunfähigkeit der Räte und Kreistage sei nicht nachgewiesen, hieß es dagegen in einer Stellungnahme der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen. Der Gesetzentwurf sei nicht verfassungskonform. Die Piraten in der Kommunalpolitik in NRW sahen das ebenso. Die Einführung von Sperrklauseln sei demokratiefeindlich, widerspreche dem Wählerwillen und fördere Politikverdrossenheit.

„Der verfassungsändernde Gesetzgeber des Landes ist unter keinem verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt gehindert, eine verfassungsunmittelbare 2,5-Prozent-Sperrklausel für Kommunalwahlen in die Verfassung NRW einzufügen“, schrieb Prof. Dr.

Lothar Michael (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in seiner Stellungnahme.

Prof. Dr. Janbernd Oebbecke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) hingegen warnte vor der Wiedereinführung einer Sperrklausel. Ihre Aufnahme in die Verfassung setze „die Kommunalwahlen 2020 einem nicht unerheblichen Risiko aus, weil eine rechtzeitige Klärung der Verfassungskonformität“ bei der zu erwartenden Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht sicher erwartet werden könne. Die Einführung der Klausel könne nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit gerechtfertigt werden, die Funktionsfähigkeit der Selbstverwaltung zu sichern. Die kommunale Selbstverwaltung funktioniere in der großen Mehrzahl der Städte und Kreise. Der Gesetzentwurf genüge nicht „den verfassungsrechtlichen Anforderungen, die an die Einschränkung der Wahlrechtsgleichheit in Bezug auf Kommunalvertretungen gestellt werden“, meinte Prof. Dr. Hinnerk Wißmann (Westfälische Wilhelms-Universität Münster). *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.



Foto: Schälte

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Titelthema „Sperrklausel bei Kommunalwahlen“



[Elisabeth Müller-Witt](#)
(SPD)



[Ralf Nettelstroth](#)
(CDU)

Die Handlungsfähigkeit der Räte und Kreistage ...

... ist eindeutig gefährdet! Dazu erreichen uns viele und umfassende Korrekturwünsche aus Wissenschaft und kommunalpolitischer Praxis. Deshalb wollen und müssen wir die kommunale Demokratie weiter stärken. Wir haben bereits die Ausstattung der kommunalen Fraktionen verbessert; die Einführung der Sperrklausel ist jedoch ein weiteres notwendiges Instrument.

... hat seit der Abschaffung der Sperrklausel gelitten. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Erschwernisse nicht die Funktionsfähigkeit der Räte bedrohen und damit die kommunale Selbstverwaltung gefährden. Eine Sperrklausel kann dafür sorgen, dass die kommunale Selbstverwaltung vor Ort weiter aufrechterhalten bleibt und von den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern zu bewältigen ist.

Sitzungen bis tief in die Nacht ...

... erschweren massiv die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Ehrenamt. Damit bilden sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die ehrenamtlich getragene kommunale Demokratie. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir diesen Umstand verbessern, das Ehrenamt erleichtern und attraktiver gestalten.

... sind seit dem Wegfall der Sperrklausel mehr die Regel anstatt die Ausnahme. Man darf nicht vergessen, dass sich hier vor allem Bürger ehrenamtlich engagieren. Sitzungen bis tief in die Nacht belasten die Ehrenamtler und sind so nur noch schwerlich mit Familie und Beruf vereinbar. Diese Rahmenbedingungen hemmen es, Menschen für die wichtige Aufgabe der ehrenamtlichen Kommunalpolitik vor Ort zu gewinnen.

Eine Sperrklausel von 2,5 Prozent ...

... sorgt für eine bessere Verhältnismäßigkeit der Stimmen: Bislang benötigen Einzelvertreter und Kleinstgruppen deutlich weniger Stimmen für ein Mandat als mittlere und große Parteien. Zudem sorgt die Sperrklausel für Transparenz und Gleichstellung zwischen den unterschiedlich großen kommunalen Gremien, bei denen bereits jetzt faktische Sperrklauseln bestehen.

... bedeutet eine Stärkung für alle kommunalen Vertretungskörperschaften und für die kommunale Familie. Wenn die Räte und Kreistage durch die Zersplitterung in ihrer Funktionsfähigkeit und Handlungsfähigkeit bedroht sind, ist auch die Stärke der Kommunen bedroht. Die Zahl der Ratsfraktionen sowie der Gruppierungen und Einzelbewerber ohne Fraktionsstatus muss daher mithilfe einer Sperrklausel begrenzt werden.

Verfassungsrechtlich ...

... betrachtet, ist unser Gesetzentwurf zulässig. Die umfangreiche Anhörung hat uns in unserer Auffassung bestärkt, dass rechtlich tragfähige Gründe für die Verankerung einer 2,5-prozentigen Sperrklausel in der Landesverfassung vorliegen. Sowohl Politikwissenschaftler, als auch Verfassungsrechtler und Kommunalpolitiker haben die Verfassungskonformität und Sinnhaftigkeit bestätigt.

... liefert der Gesetzentwurf gute Voraussetzungen für eine verfassungsfeste Lösung. Die 2,5-Prozent-Sperrklausel scheint geeignet, den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden. Dennoch werden wir uns auch mit den kritischen Stimmen der Anhörung intensiv auseinandersetzen. Unser Ziel ist deutlich: Wir wollen eine rechtssichere Lösung für die Probleme der ehrenamtlichen Kommunalpolitik.



Mehrdad Mostofizadeh
(GRÜNE)



Henning Höne
(FDP)



Torsten Sommer
(PIRATEN)

... zu sichern, ist oberstes Ziel der Wiedereinführung der Sperrklausel. Momentan ist diese durch die zunehmende Zersplitterung leider gefährdet. Wenn in den meisten Räten und Kreistagen z.B. nur noch Große Koalitionen möglich sind, dann ist dies eher ein Verlust an mehr Demokratie und Gestaltungsmöglichkeiten.

... ist nicht grundsätzlich gefährdet, nur weil eine Vielzahl an Ratsfraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträgern zu erhöhtem Vorbereitungs- und Abstimmungsbedarf führt. Die Sperrklausel als ultima ratio darf ausschließlich bei nachweislicher Funktionsunfähigkeit der kommunalen Vertretungen zum Einsatz kommen. Dieser Nachweis wurde bislang nicht erbracht.

... ist unverändert gegeben. Keine kommunale Vertretung in NRW ist handlungsunfähig oder auch nur im Ansatz mit der Ratsarbeit überfordert. Auch auf Nachfragen konnte keine handlungsunfähige Kommune benannt werden.

... sind ärgerlich, weil sie der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Familie und Beruf schaden, aber nur ein Teil des Problems in den kommunalen Vertretungen. Gleichwohl haben wir neben der Sperrklausel diverse einfachgesetzliche Maßnahmen geplant, die die Wahrnehmung eines Rats- oder Kreistagsmandats zusätzlich erleichtern und attraktiv machen sollen.

... sind für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ein großes Ärgernis. Untergesetzlich existieren viele Möglichkeiten, solche Situationen zu vermeiden. Das Spektrum reicht von Änderungen der Geschäftsordnung bis hin zu einer konsequenten Sitzungsleitung. Auch der angemessene Detaillierungsgrad kommunaler Beratungen ist letztendlich eine Frage der Selbstdisziplin.

... hat es im Einzelfall immer schon gegeben und wird es auch zukünftig immer mal geben, völlig unabhängig von einer kommunalen Sperrklausel. Und schaut man in die Ratsunterlagen vor Abschaffung der kommunalen Sperrklausel, dann sieht man, dass sich vor allem SPD und CDU regelmäßig blockiert haben. Mehr Parteien bieten hier ein mehr an Möglichkeiten.

... ist sachgerecht und notwendig als Ausgestaltung und zur Reaktivierung eines funktionierenden Verhältniswahlrechts. Die Höhe von 2,5 Prozent wurde von den Sachverständigen als gut vertretbar angesehen, der Anteil der dadurch wegfallenden Stimmen ist hinnehmbar. Die aktuellen faktischen Sperrklauseln werden durch die geplante Sperrklausel weitestgehend eingegebenet.

... ist ein umstrittener Versuch, um der weiteren Fragmentierung kommunaler Vertretungen Einhalt zu gebieten. Die Sperrklausel schränkt nicht nur die Gleichheit der Wählerstimmen ein, sondern stellt in der geplanten Form auch ein verfassungsrechtliches Wagnis dar, solange mildere Mittel zur Stärkung der Handlungsfähigkeit von Räten und Kreistagen noch nicht vollumfänglich ausgeschöpft wurden.

... ist ein willkürlich gesetzter Wert, der in kleinen Gemeinden jetzt schon nicht zum Tragen kommt, da ein Bewerber in diesen kleinen Gemeinden jetzt schon mehr als 2,5 Prozent der abgegebenen Stimmen benötigt. In den großen Kommunalvertretungen stehen in den Verwaltungen genügend Ressourcen bereit, um auch Einzelbewerber und Gruppen ausreichend zu informieren.

... hat die geplante Verankerung der Sperrklausel in der Landesverfassung nach Auskunft der juristischen Sachverständigen sehr gute Chancen, einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten. Es ist der bislang beste Versuch. Aber vor allem scheint es die richtige Antwort auf die derzeitige Lage der Räte zu sein.

... halten namhafte Juristen die Sperrklausel für bedenklich. Ohne den gerichtsfesten Nachweis einer Funktionsstörung kommunaler Vertretungen, die sich nicht mit untergesetzlichen Mitteln beseitigen lässt, besteht die Gefahr, eine verfassungswidrige Verfassungsnorm zu etablieren. Ein solches Scheitern der Sperrklausel wäre fatal und Wasser auf die Mühlen der politischen Ränder.

... ist eine Sperrklausel bei Kommunalwahlen in NRW nicht zu halten. Egal, ob die entsprechende Regelung einfach-gesetzlich oder in der Verfassung verankert wird. Die Staatsrechtler waren bei der Anhörung dazu sehr eindeutig. Eine entsprechende Regelung kippt spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht. Das können wir dem Steuerzahler ersparen. Politik muss auch einfach mal auf Fachleute hören.

Feuerwehr – meist eine Sache

Sie sind Helferinnen und Helfer in der Not, und das zumeist ehrenamtlich: In NRW gibt es 14.000 hauptberufliche Feuerwehrmänner und -frauen, 86.000 Menschen engagieren sich bei den Freiwilligen Feuerwehren. Berthold Penkert (48/Foto) leitet das Institut der Feuerwehr NRW in Münster – die größte deutsche Feuerwehrausbildungseinrichtung. Landtag Intern sprach mit dem Direktor des Instituts über die Zukunft des Berufs und des Ehrenamts.

Herr Penkert, wollten Sie schon als Kind Feuerwehrmann werden?

Berthold Penkert: Nicht ganz. Ich bin mit 15 Jahren in die Jugendfeuerwehr meiner Heimatstadt Hamm eingetreten. Der Weg zur Berufsfeuerwehr hat sich dann nach meinem Maschinenbaustudium ergeben. Ich bin damals darauf aufmerksam geworden, dass es auch im höheren Dienst eine Laufbahn als Führungsbeamter bei der Feuerwehr gibt. Und ich bin heute noch ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr in Hamm tätig.

Feuerwehrmann gehört zu den Berufen, die sehr wertgeschätzt werden. Schlägt sich das auch auf Ihre Nachwuchsrekrutierung nieder?

Das ist ein Thema, das uns auch in unserem Projekt „Feuerwehrensache“, das das NRW-Innenministerium zusammen mit dem Verband der Feuerwehren in NRW durchführt (Anmerk. der Redaktion: siehe Infokasten), umtreibt. Da gibt es eine Divergenz: auf der einen Seite die hohe Anerkennung und Wertschätzung für die Tätigkeit. Auf der anderen Seite führt dies nur bei wenigen dazu, dass sie sich selbst engagieren.

Haben Sie derzeit schon Nachwuchsprobleme?

Nein, anzahlmäßig zum Glück nicht. Wir haben sogar in den letzten Jahren einen leichten Zuwachs im ehrenamtlichen Bereich in NRW verzeichnen können. Die zentrale Frage für uns ist aber, wen wir gewinnen können. Uns ist wichtig, dass wir einen Querschnitt der Bevölkerung widerspiegeln. Und das



ist nicht der Fall. Unsere Analyse zeigt: Frauen, Migranten und Akademiker sind unterdurchschnittlich vertreten.

Was sind die Gründe für fehlende Migranten?

Die Feuerwehr hat beispielsweise in vielen Ländern außerhalb Europas eine andere Stellung als in Deutschland. Sie ist dort Teil der Staatsgewalt, die gegen die Bevölkerung interveniert.

Daher ist dieses Thema bei Migranten häufig negativ besetzt. Wir wollen Zuwanderern erklären, wie bei uns Feuerwehr als positiver Teil der Gesellschaft funktioniert. In unserem Projekt verfolgen wir zwei Ansätze: einerseits eine Information der Feuerwehren selbst, die oft dieses Thema auch nicht kennen, und andererseits parallel das Zugehen auf Migranten.

Wie können sich Frauen engagieren, die oft wahrscheinlich eine körperlich anstrengende Aufgabe erwarten?

Dieser Punkt ist uns sehr wichtig. Die Feuer-





der Freiwilligen

wehrtätigkeit wird oftmals eindimensional gesehen. Da gibt es das Bild des „Rundum-Sorglos-Feuerwehrmannes“, der alles können muss. Es bedarf aber einer Spezialisierung. Daher sind künftig auch im ehrenamtlichen Bereich unterschiedliche Karrieren möglich. Zum 1. Januar 2016 ist das vom Landtag verabschiedete neue Brandschutzgesetz (BHKG) in Kraft getreten. Es ermöglicht, dass es neben der regulären Einsatzlaufbahn auch andere Karrieremöglichkeiten geben kann, vorstellbar wäre dies beispielsweise im Bereich Logistik.

Warum ist es überhaupt wichtig, einen gesellschaftlichen Querschnitt abzubilden?

Bei Feuerwehreinsätzen befinden sich Menschen in der Regel in Lebensnot. Das sind Situationen, in denen es häufig kein Patentrezept gibt. Sie erfordern Wissen aus den verschiedenen Bereichen, um schnell richtig handeln zu können. Hier zahlt es sich aus, wenn man über unterschiedliche Kompetenzen verfügt, sei es handwerkliche Befähigungen oder das Wissen eines Ingenieurs. Diese Vielfalt macht die Organisation stark.

Flexible Altersgrenze

Bis zu welchem Alter kann man bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv sein?

Bislang gilt eine Altersgrenze von 60 Jahren. Im Ausnahmefall bis 63. Auch hier steuern wir mit unserem Projekt gegen: Wir wollen diese Grenze flexibler machen, den Einsatz von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit abhängig machen. So können Lebensältere mit all ihrer Erfahrung noch im wichtigen Bereich der Brandschutzaufklärung tätig sein.

Ein Ehrenamt kostet Zeit. Wie viel Zeit muss man in die Feuerwehr investieren?

An meinem Standort der Freiwilligen Feuerwehr in Hamm sind es rund 100 Stunden Fortbildung im Jahr, die neben den inzwischen über 150 Einsätzen pro Jahr anfallen. Das heißt konkret, dass

meine Einheit alle zwei bis drei Tage zum Einsatz alarmiert wird. Viele Arbeitgeber haben dafür Verständnis. Aber wir werben auch bei den Unternehmen und informieren, weil es oft ein geringes Wissen gibt von der Struktur der Feuerwehr, die zu fast 90 Prozent ehrenamtlich funktioniert.

Ein Ziel Ihres Projektes ist es, die Wertschätzung gegenüber der Feuerwehr weiter zu stärken. Welchen Beitrag kann der Parlamentarische Abend Anfang März im Landtag leisten?

Ich kann dem Innenausschuss nur danken, der sich fraktionsübergreifend dafür stark gemacht hat. Ich sehe es als Dankeschön und als Zeichen der Landespolitik, mit den Praktikern bei der Feuerwehr, die die Probleme vor Ort kennen, ins Gespräch zu kommen.

Das Interview führten Michael Zabka und Wibke Busch

Landtag würdigt Einsatz der Feuerwehr

Sie kommen, wenn es brennt. Sie helfen bei Verkehrsunfällen, bei Hochwasser. Sie rücken aus, wenn Stürme und Orkane übers Land fegen. Sie retten das Leben anderer Menschen und riskieren dabei oft genug das eigene. Mit einem Parlamentarischen Abend am Mittwoch, 2. März 2016, will der Landtag gemeinsam mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Verband der Feuerwehren in NRW das Engagement der nordrhein-westfälischen Feuerwehren würdigen.

Rund 86.000 Frauen und Männer engagieren sich ehrenamtlich in den 396 Freiwilligen Feuerwehren des Landes. Hinzu kommen 31 Berufsfeuerwehren sowie Werksfeuerwehren mit 14.000 hauptberuflichen Beschäftigten. Bundesweit nimmt die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder jedoch ab. Dieser Trend sei in NRW zwar noch nicht festzustellen, heißt es in einem Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales. Dennoch: Der Frauenanteil stagniere, jüngere Mitglieder gäben ihr Engagement bei der Feuerwehr in den Jahren der Familiengründung und Berufsplanung häufig auf. Menschen mit Migrationshintergrund seien unterrepräsentiert, ebenso Menschen mit Behinderungen.

An dieser Stelle setzt ein gemeinsames Projekt des Verbandes der Feuerwehren und des Ministeriums für Inneres und Kommunales an: „Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren – Feuerwehrensache“. Der Titel ist Programm. Ziel ist es, das Ehrenamt in der

Feuerwehr zu stärken, Mitglieder zu gewinnen und zu halten, aber auch die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum. Dabei werden drei Schwerpunkte gesetzt: „Der Mensch in der Freiwilligen Feuerwehr“, „Die Organisation der Freiwilligen Feuerwehr“ und „Die Freiwillige Feuerwehr in der Öffentlichkeit“. Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den jeweiligen Schwerpunkten. Hinzu kommen u. a. Workshops und Experteninterviews, eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung. Veränderungsansätze werden in der Praxis vor Ort erprobt.

Im Zentrum des Projekts steht der Mensch in seiner Freiwilligen Feuerwehr. Ziel ist es, die Mitwirkung in der Feuerwehr in unterschiedlichen Ausprägungen in jeder Lebensphase zu ermöglichen und zu fördern – von Kindesbeinen an.

Weitere Informationen im Internet unter <http://www.feuerwehrensache.nrw.de>.



Fotos: Schälte

Bankraub explosiv

Gesprenge Geldautomaten Thema im Innenausschuss

21. Januar 2016 – Sie kommen nachts, hebeln die Türen zu den Vorräumen von Banken und Sparkassen auf und sprengen die Geldautomaten. Allein für 2015 nennt die Landesregierung 38 vollendete und 29 versuchte Sprengungen in NRW. Die Zahlen in diesem Jahr (bis einschließlich 14. Januar): zwei vollendete und zwei versuchte Delikte. Nun hat sich der Innenausschuss mit dem Thema befasst.

Bei den Sprengungen von Geldautomaten handle es sich um ein bundesweites Phänomen, heißt es in einem Bericht des Innenministeriums. Vergleichbare Straftaten seien allerdings auch aus europäischen Nachbarstaaten bekannt. Meist zündeten die Täter ein sprengfähiges Gemisch, das sie zuvor in die Automaten eingeleitet hätten. Danach entwendeten sie die Geldkassetten. In der Regel passiere das zwischen 2 und 4 Uhr, Tatorte seien wiederholt ländliche Gebiete gewesen, oft in der Nähe von Autobahnen und Bundesstraßen. Laut Innenministerium sind unterschiedliche Tätergruppen am Werk.

Das Landeskriminalamt (LKA) werte diese Straftaten seit Jahren aus und habe im Oktober 2015 die zehnköpfige Ermittlungskommission „Heat“ eingerichtet. Deren Arbeit habe zu Festnahmen geführt – u. a. im Umkreis der Stadt Kleve. Bei den drei Tatverdächtigen dort handle es sich um deutsche Staatsangehörige, alle befänden sich in Untersuchungshaft. Im Zuge der Ermittlungen seien ein weiterer deutscher sowie ein niederländischer Verdächtiger festgenommen worden. Gegen beide seien Haftbefehle erwirkt worden.

Prävention

Bereits im Jahr 2009 habe man Betreiber von Geldautomaten und den Gesamtverband der Versicherungswirtschaft über Vorbeugemaßnahmen informiert. Ein spezifisches Präventionskonzept sei im Oktober 2015 versendet worden. Mittlerweile hätten einige Sparkassen den Zugang zu den Geldautomaten zeitlich begrenzt, andere hätten die Automaten mit Farbpatronen ausgerüstet. Unverzichtbare Bestandteile eines Sicherungskonzeptes sei die Videoüberwachung.

Die Opposition kritisierte den Bericht im Ausschuss und forderte u. a. eine engere internationale Zusammenarbeit der Polizei. Es sei der Bevölkerung nicht zu erklären, „wenn im Wochenrhythmus Geldautomaten gesprengt werden“, sagte [Marc Lürbke](#) (FDP). Der Kontakt zu Banken und Sparkassen hätte zudem früher gesucht werden müssen. [Gregor Golland](#) (CDU) sagte: „Die Maßnahmen hören sich toll an, zeigen aber wenig Wirkung.“ Der Staat werde ausgetrickst. Golland forderte ein „entschlosseneres Vorgehen“.

Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD) wies die Kritik zurück. Seit vielen Jahren arbeite man bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität mit belgischen und niederländischen Behörden zusammen. Das LKA bringe derzeit auch nordrhein-westfälische und niederländische Geldinstitute zum Erfahrungsaustausch zusammen. In den Niederlanden sei das Sprengen der Automaten kaum mehr möglich, deshalb kämen Täter nach NRW.

zab

Foto: Schälte

Mehr Wertschätzung für berufliche Bildung

Sachverständige diskutieren Probleme und Lösungen

20. Januar 2016 – Allgemeine Bildung, Abitur und Studium zählten in der Gesellschaft häufig mehr als berufliche Bildung und ein Ausbildungsberuf, kritisiert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 16/9580). Auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in technischen Berufen müsse umgesteuert werden. Um technische Berufe mehr ins Bewusstsein zu rücken, sollen alle Schulen außer Gymnasien eine technische Grundbildung bieten.

Im Schulausschuss haben Sachverständige zu diesen und weiteren Forderungen Stellung bezogen. Einigkeit herrschte dahingehend, dass berufliche Bildung ebenso wichtig wie allgemeine Bildung sei. Allerdings sei diese Gleichwertigkeit in der Gesellschaft noch nicht angekommen, erklärte Wilhelm Schröder vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs. Es gelte, „den besonderen Schatz derer zu heben, die bisher Bildungsbenachteiligte sind“, verwies Schröder auf Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge.

„Viele Menschen sind abiturbesoffen“, meinte Andreas Oehme vom Westdeutschen Handwerkskammertag. Das Abitur sei zum Selbstzweck geworden. Jährlich begännen rund 350 junge Menschen mit Abitur eine Friseurlehre. Auch Georg Greshake vom Robert-Bosch-Berufskolleg Dortmund erläuterte seine Wahrnehmung, dass das Abitur als „gesellschaftliche Eintrittskarte“ gelte. „Die These des Akademisierungswahns teilen wir nicht“, entgegnete Norbert Wichmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW. Es gebe ein „unglaubliches Potenzial“ für die berufliche Bildung.

Kritisiert wurde der Vorschlag, Gymnasien von der geforderten technischen Grundbildung auszunehmen. „Technische Bildung muss selbstverständlicher Bestandteil von allgemeiner Bildung sein“, meinte Sandra Heidemann von der Deutschen Telekom Stiftung. Tanja Nackmayr (Unternehmer NRW) warnte davor, die Bildungsgänge gegeneinander auszuspielen. Wichtig sei es, die Wege der all-

gemeinen Bildung und der beruflichen Bildung zu verzahnen, betonten mehrere Sachverständige. Schulstrukturelle Maßnahmen, mit denen implizit nach der 4. Klasse über den weiteren Bildungsweg entschieden werde, „brauchen wir nicht“, unterstrich Gewerkschafter Wichmann.

Fehlende Lehrkräfte

Die von der CDU beschriebene Kritik an zu wenig Lehrkräften in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) teilten alle Sachverständigen. „Wo sollen die so schnell herkommen?“, fragte Elke Vormenne vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen. Sie forderte, die Politik müsse Anreize schaffen. Monika Reusmann von der Initiative Teachmint regte eine Mangelfachzulage an. Im MINT-Bereich gebe es gute Einzelprojekte, es fehle aber an Nachhaltigkeit, analysierte Unternehmerin Nackmayr.

Es komme darauf an, Begeisterung für die MINT-Fächer zu wecken, sowohl bei Jugendlichen als auch bei Eltern, erläuterte Sophie Tiemann von den Industrie- und Handelskammern NRW. Weiterer Instrumente bedürfe es nicht. Dem widersprach Brigitte Balbach (Lehrer NRW). „Wir brauchen in Schulen eine Förderung des MINT-Bereichs“ und mehr Praxisbezug, forderte sie. „Wir müssen die Programme nicht neu erfinden, nur besser verzahnen“, argumentierte Michael Urhahne vom Kreisberufskolleg Brakel. Er regte die Zusam-

menarbeit des Berufskollegs mit Gesamt- und Realschulen an – eine Idee, die Unterstützung unter den Sachverständigen fand. Marc Bücken vom Hans-Sachs-Berufskolleg Oberhausen schlug vor, die Sekundarstufe I direkt am Berufskolleg anzudocken und von Anfang an offen zu kommunizieren, dass die Jugendlichen dort sowohl einen Weg in Richtung Ausbildung als auch in Richtung Abitur gehen könnten.

Viele Sachverständige unterstützten die Forderung, sich auf Bundesebene für Institutionen ähnlich wie Jugendberufsagenturen einzusetzen, um Jugendliche bei der Berufsfindung zu unterstützen. Dazu sollen Arbeitsagentur, Jobcenter und Jugendhilfe zusammenarbeiten. Frühe Investitionen in die schulische Berufswahlorientierung seien zentral, sagte auch Thomas Sieling von der Freien Christlichen Hauptschule Gummersbach. Eine Potenzialanalyse in der 8. Klasse hielt Dr. Matthias Burchardt, Pädagoge an der Universität Köln, für „Kokoloeres“. Das sei eine bloße Momentaufnahme.

„25 Prozent der Ausbildungswilligen gehen uns verloren, weil wir ihnen keine Ausbildungsplätze anbieten können“, sagte Teachmint-Sprecherin Reusmann. „Solange die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und solange Ausbildungsberufe nicht besser bezahlt werden, ist das Marktgeschehen eben so, wie es ist“, erklärte Sebastian Krebs von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die Tatsache, dass sich viele Jugendliche gegen die berufliche Bildung entschieden. sow

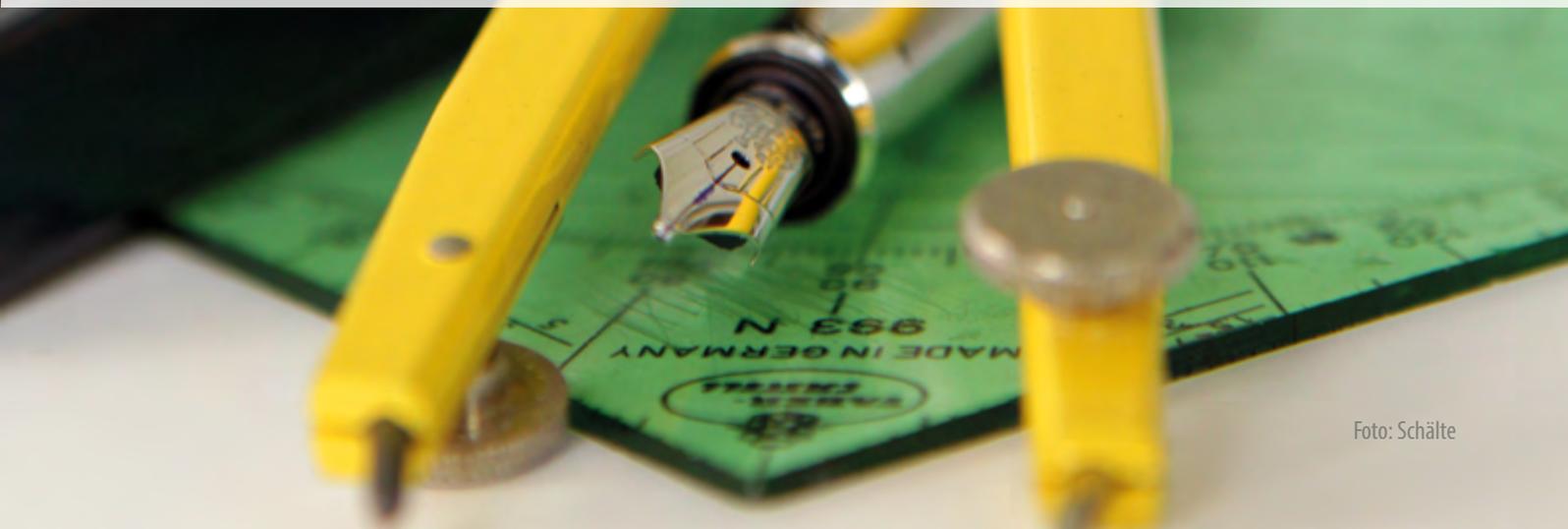


Foto: Schälte

AUS DEN FRAKTIONEN

Gute Debatte zum Inklusionsstärkungsgesetz

In Nordrhein-Westfalen leben rund 2,7 Millionen Menschen mit Behinderungen, davon rund 1,7 Millionen Menschen mit schweren Behinderungen. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat die Landesregierung im Juli 2012 den bis zum Jahr 2020 angelegten Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ beschlossen. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die allen Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – die Teilhabe in allen Lebensbereichen und Lebensphasen ermöglicht. Dazu ist unter anderem eine „Neue Kultur inklusiven Denkens und Handelns“ erforderlich. Jetzt hat die Landesregierung dazu auch das „Erste allgemeine Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ (Inklusionsstärkungsgesetz) vorgelegt. Dieses wird nun im Landtag beraten und debattiert.

„Ziel ist die schrittweise Schaffung inklusiver Lebensverhältnisse, um eine inklusive Gesellschaft zu ermöglichen“, sagt Josef Neumann, Inklusionsbeauftragter der SPD-Fraktion. „Für die Menschen mit Behinderungen geht es dabei um eine vollständige, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Alltag. Das Inklusionsstärkungsgesetz soll die Menschen zudem vor Diskriminierung und Benachteiligung schützen.“

Im Zuge des parlamentarischen Beratungsprozesses hat die SPD-Fraktion am 19. Januar 2016 einen sogenannten Landtagstalk veranstaltet. Gemeinsam mit Verbänden, Organisationen und Betroffenen wurde der Gesetzentwurf in einem intensiven fachlichen und inhaltlichen



Austausch diskutiert. „Wir haben nochmals wichtige Vorschläge und Hinweise erhalten, die wir bei der Bearbeitung des vorliegenden Entwurfes beachten wollen“, sagt Josef Neumann. An der Veranstaltung, die von Gebärdendolmetschern und Schriftführern begleitet wurde, beteiligten sich mehr als 180 Gäste. Außerdem hat die SPD-Fraktion eine barrierefreie

Kompakt-Info sowie eine Info in Leichter Sprache erstellt. Beide sind unter www.spd-fraktion-nrw.de/presse/kompakt_infos.html abrufbar.



Opposition treibt Aufklärung der Silvesternacht voran

Die Kölner Silvesternacht hat eine Debatte über die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ausgelöst. Erst auf Drängen der Medien und der Fraktionen von CDU und FDP kommen die tatsächlichen Begebenheiten

der Silvesternacht scheinbar ans Licht. In einer von der CDU beantragten Sondersitzung des Innenausschusses und in einem von CDU und FDP beantragten Sonderplenum zeigte die Landesregierung, dass ihr Aufklärungsinteresse

gering ist. Mit markigen Worten schob Innenminister Jäger der Kölner Polizei den schwarzen Peter in die Schuhe. Politische Verantwortung? Fehlanzeige. Vielmehr musste sich der Minister für den Vergleich entschuldigen, er trage für den Einsatz am Kölner Dom genauso wenig Verantwortung wie die

Gesundheitsministerin für eine Blinddarm-OP. Das zeugt von einem zweifelhaften Amtsverständnis des Dienstherrn von Zehntausenden Polizistinnen und Polizisten.

Aus diesem Grund haben die Fraktionen von CDU und FDP einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorkommnissen von Köln auf den Weg gebracht. Das Ziel ist die Aufarbeitung der Ereignisse und die Klärung der Frage, wie es um die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen bestellt ist. Wir wollen aufklären und Licht ins Dunkel bringen, damit sich solche Ereignisse nicht wiederholen.



Wir alle sind NRW! – Migration. Heimat. Vielfalt.

Seit der schrecklichen Silvesternacht in Köln und anderen Städten wird das Thema Integration neu diskutiert. Klar ist, dass es keine einfachen und schnellen Lösungen geben kann. Wer nur nach einer Verschärfung des Asylrechts ruft, greift zu kurz und instrumentalisiert die Opfer und ihre Leiden. Es ist notwendig, das Geschehene lückenlos aufzuklären, um die Täter zu bestrafen und bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen wir uns vor diejenigen stellen, die unschuldig sind und bei uns Schutz suchen.

Die Herausforderungen sind so groß wie vielschichtig. Die Integration der Menschen ist eine Zukunftsaufgabe, die in alle gesellschaftlichen Bereiche reicht. Das ist nicht erst seit der Kölner Silvesternacht so. Bereits im ver-

gangenen Jahr haben wir deshalb unterschieden, dieses immens wichtige Thema mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft zu erörtern. Die GRÜNE Fraktion lädt am 20. Februar zu einem Integrationskongress ein, bei dem über Themen wie wohnortnaher Schullehrerunterricht, Sprachkurse, die schnelle Einbindung in den Arbeitsmarkt, dezentraler Wohnraum, gemeinsame Freizeitgestaltung sowie den Abbau von Ressentiments diskutiert werden wird.

Das vollständige Programm und die Liste der ReferentInnen kann auf unserer Homepage nachgelesen werden: <http://gruene.fr/ki> ■



FDP-Fraktion startet mit Bildungssprung ins neue Jahr

2016 wird, was wir draus machen, war das Motto des gemeinsamen Neujahrsempfangs von FDP-Landtagsfraktion und Landesverband. Rund 1.300 Gäste verfolgten die Rede von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Richter am Bundesverfassungsgericht a. D., darüber, wie die Flüchtlingskrise und das Grundgesetz in Einklang zu bringen sind. Neugierig auf die Initiative „Bildungssprung“ der FDP-Fraktion machte ein Film, der schlechte Vorbilder im Internet aufgreift. Überlassen wir Bildung im Internet nicht den Falschen, fordert die Fraktion und setzt sich für mehr Medienkompetenz ein. „Globalisierung und Digitalisierung stellen neue Herausforderungen an die Medienkompetenz junger Menschen“, sagte Angela Freimuth, hochschulpolitische Sprecherin. „Es gibt viel zu tun für die Schulen:

Schüler-Lehrer-Relation, MINT-Förderung, Umsetzung der Inklusion, Medienkompetenz“, listete Yvonne Gebauer, bildungs-



politische Sprecherin der Fraktion, drängende Themen auf.

Um die Flüchtlingskrise, die innere Sicherheit und den Mut zur Zukunft drehte sich die Rede von Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. „Neben den dringlichen Fragen müssen 2016 die wichtigen Zukunftsfragen wieder in den Blick genommen werden. Technologischer Fortschritt sichert uns nur der marktwirtschaftliche Wettbewerb“, sagte Lindner. Er sprach sich gegen Zukunftsskepsis aus: Nur die Angst vor der Zukunft muss man fürchten. ■



#JaegerMussWeg: Totalversagen muss ein Ende haben

Bei der Sondersitzung des Landtags NRW wurden die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln heftig debattiert. Das Totalversagen von Minister Jäger erreicht zum dritten Mal internationale Tragweite: Loveparade, Burbach, jetzt der Kölner Hauptbahnhof. Das zeigt eine vernichtende Jäger-Bilanz. Wir fordern daher den Rücktritt von Herrn Jäger.

Diese Landesregierung kommt nicht ihrer Verantwortung nach. Die Sicherheit im Land, auf öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und in Verkehrsmitteln muss verstärkt werden. Sie kann durch die hierfür zuständige Truppe von Innenministerium und Landesregierung offensichtlich nicht gewährleistet werden. Versagen in der Präventionspolitik, mangelhafte Integrationspolitik, Fehler in der Exekutive – dies alles kann nicht durch Bauern-

opfer wieder wettgemacht werden. Ministerpräsidentin Kraft muss Innenminister Jäger entlassen.

Mit Ressentiments wird keinem Opfer geholfen. Wir brauchen Lösungen: Die Finanzierung für Frauenhäuser steht seit Jahren auf unsicherem Fundament. Opferberatungsstellen sind chronisch unterfinanziert. Die Sensibilisierung von Polizeikräften für sexualisierte Gewalt ist unzureichend, ein Fortbildungskonzept gibt es nicht. Außerdem brauchen wir Präventionskonzepte, die jenseits des Schürens von Fremdenhass liegen.

Den von CDU und FDP beantragten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sehen wir kritisch. Wir brauchen eine vollständige und



Michele Marsching (PIRATEN)
Foto: Meyer Originals

transparente Aufklärung der Vorfälle in der Kölner Silvesternacht. Aber ein Untersuchungsausschuss verzögert die notwendigen Konsequenzen aus dem Versagen in Köln und den vielen anderen Skandalen in der Dienstzeit von Herrn Jäger. Leider haben CDU und FDP andere Fraktionen nicht an der Festlegung der Untersuchungsinhalte beteiligt. Das zeigt: Die beiden Parteien machen Wahlkampf. Die Opfer aus

der Silvesternacht dürfen jedoch nicht zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Beistand für die Zeugen

Psychosoziale Prozessbegleitung Thema im Rechtsausschuss

20. Januar 2016 – Eine junge Frau wurde sexuell missbraucht. Nun soll sie als Zeugin vor Gericht aussagen. Davor hat sie Angst, denn sie weiß nicht, was sie dort erwartet. Helfen soll künftig eine psychosoziale Prozessbegleitung. Der Rechtsausschuss hat sich mit dem Thema befasst und dazu Experten aus Baden-Württemberg gehört.

Grundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/10064](#)). Sie hatte u. a. gefordert, umgehend ein Modellprojekt zur psychosozialen Prozessbegleitung auch in NRW zu starten – nach dem Vorbild des Projekts, das bereits in den baden-württembergischen Landgerichtsbezirken Ellwangen, Karlsruhe und Stuttgart umgesetzt wird. Auf diese Weise könne man die Zeit bis zum Inkrafttreten des 3. Opferrechtsreformgesetzes nutzen, um Erfahrungen zu sammeln. „Weil manche Opfer zum Teil erheblich unter den Tatfolgen leiden, stellt die Erfüllung ihrer Zeugenpflicht eine schwere Bürde für sie dar. Gerade deshalb muss die Justiz alles in ihrer Macht stehende tun, um besonders belastete Zeuginnen und Zeugen zu unterstützen und ihnen den Gang in den Zeugenstand zu erleichtern“, hieß es im Antrag.

Projektleiterin Tina Neubauer stellte dem Ausschuss Inhalte und erste Erfahrungen aus Baden-Württemberg vor. Zielgruppen seien

vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene mit besonderer Schutzbedürftigkeit – zum Beispiel Menschen mit Behinderungen oder psychischen Beeinträchtigungen. Je Landgerichtsbezirk seien zwei bis drei Prozessbegleiter und -begleiterinnen erforderlich. Sie erklärt Betroffenen, was nach einer Anzeige auf sie zukommt, wo sie Hilfe und rechtliche Unterstützung bekommen. Bei Kindern und Jugendlichen seien auch Kennenlerngespräche mit Richtern vorgesehen, sagte Neubauer. Die Erfahrungen seien positiv. „Kompetent begleitete Zeugen sind gute Zeugen“, zitierte die Projektleiterin einen Richter.

Minister gegen Modellprojekt

Die Ausführungen stießen im Rechtsausschuss auf großes Interesse. [Jens Kamieth](#) (CDU) und [Dirk Wedel](#) (FDP) fragten nach der Vorlaufzeit des Projekts, [Dagmar Hanses](#) (GRÜNE) wies darauf hin, dass das 3. Opferrechtsreformgesetz

bundesweit bereits am 1. Januar 2017 in Kraft treten werde und die psychosoziale Prozessbetreuung darin enthalten sei. [Tanja Wagener](#) (SPD) sprach in diesem Zusammenhang von einem sinnvollen Schritt.

Justizminister [Thomas Kutschaty](#) (SPD) riet von einem Modellprojekt in NRW ab. Das Bundesgesetz werde bereits im Januar kommenden Jahres umgesetzt, darauf bereite man sich vor. Bisher gebe es im Land zehn Frauen und Männer mit der erforderlichen Qualifikation zur psychosozialen Prozessbegleitung. Derzeit sei das Ministerium mit Hochschulen und Fachhochschulen über Inhalte und Dauer der entsprechenden Lehrgänge im Gespräch. Geplant sei eine Zusammenarbeit mit freien Wohlfahrtsverbänden, die Justiz werde zudem eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifizieren. Auf diese Weise solle sichergestellt werden, dass zum 1. Januar 2017 in jedem Gerichtsbezirk zumindest ein Ansprechpartner zur Verfügung stehe. zab

Foto: Schälte

Zeuge

Porträt: Josef Wirtz



Bodenständig, ergebnisorientiert und unaufgeregt – diese Eigenschaften beschreiben das Wirken von Josef Wirtz. Der 65-jährige Landwirtschaftsmeister und CDU-Landtagsabgeordnete ist kein Lautsprecher, sondern ein Politiker mit Beharrlichkeit und klarem Kompass. In bäuerlicher Tradition stehend, hat der 1950 in Inden-Schophoven geborene Christdemokrat den rasanten Strukturwandel in der Landwirtschaft und die gravierenden Veränderungen durch den Braunkohletagebau miterlebt – und daraus seine Konsequenzen gezogen.

„Einfach war es nicht“, kommentiert Wirtz seine Entscheidung, den aktiven Betrieb des vom Großvater vor 116 Jahren aufgebauten Hofes 2013 einstellen zu müssen. Die berufliche Neuorientierung hatte er zuvor bereits eingeleitet, als er 1990 die intensive Milchviehhaltung aufgab, sich anschließend mit Beschäftigungen in der Jülicher Zuckerfabrik und danach in einem Maschinenring ein zweites Standbein aufbaute. Seine beiden Kinder hatten die Neuausrichtung mitgeprägt, denn sie wollten die Hofnachfolge nicht antreten.

„Ich war immer entscheidungsfreudig und habe nicht lange gefackelt“, befindet der Rheinländer, der westfälische Tugenden wie Verlässlichkeit und Vertrauen für selbstverständlich erachtet. „Wenn ich mein Wort gegeben habe, dann war das so“, wählt Wirtz das Beispiel des mündlich verhandelten Kaufs eines Schleppers, der wie selbstverständlich per Handschlag besiegelt wurde. „Deutschland und sein Papier“, seufzt der Ex-Landwirt und lässt keine Zweifel aufkommen, dass ihm Bürokratie und Bevormundung ein Gräuel sind. „Ich habe etwas gegen Reglementierungen“, kritisiert er als Mitglied des Landtagsausschusses für Natur und Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dass beispielsweise immer mehr Vorgaben für die Bewirtschaftung der Böden gemacht werden.

Überdüngung führe zu Ertragsverlusten, setzt er auf die Natur als Regulator. Zu viel Stickstoff fürs Getreide führe zu geringeren Ernten, glaubt der Praktiker an pragmatische Lösungen. „Ich setze auf Kooperationen mit den Wasserverbänden“, befindet er zum Dauerbrenner-Thema Wasserbelastung durch zu hohe Nährstoffkonzentrationen.

Mehrere Jahrzehnte hat Wirtz in der Kommunalpolitik mitgemischt und konnte mit Sachargumenten mitgestalten. „Das geht hier nicht so gut“, bedauert der Christdemokrat, der 2005 und 2010 direkt in den Landtag gewählt wurde, weniger Einflussmöglichkeiten. „Das war hart“, kommentiert er die Entscheidung der Wähler, die ihm 2012 – bei der landesweit herben Niederlage für die CDU – das Direktmandat knapp verweigerten. „Ich neige dazu aufzuhören“, beschreibt der 65-Jährige die aktuelle Entscheidungsfindungsphase, ob er nochmals für den Einzug ins Parlament kandidieren will. Anfang März will er die Frage geklärt wissen, aber die Tendenz ist bereits eindeutig. Damit bliebe er seiner Linie, stets für klare Verhältnisse sorgen zu wollen, treu.

Das gilt auch für seinen Politikstil: „Ich führe lieber persönliche Gespräche“, setzt er ein Gegengewicht zur Kommunikation über soziale Netzwerke im Internet. „Da wäre ich nicht authentisch“, ist er lieber im Wahlkreis immer zur Stelle, wenn er gebraucht wird. Wichtig ist ihm, unabhängig handeln zu können. Das gilt besonders für sein Engagement im Unterausschuss Bergbausicherheit, in dem er sich besonders für die Streitschlichtung in Schadensfällen einsetzt.

Werbung für Demokratie

Ein Erlebnis hat den Landwirt besonders beeindruckt: Als Mitglied der Bundesversammlung hat er sich die Aussage von Bundespräsident Joachim Gauck, der seine Wahl als Verpflichtung zur Werbung für die Demokratie wertete, zu Herzen genommen. Es sei Aufgabe jedes Abgeordneten, sich immer für die Demokratie einzusetzen und vor allem junge Menschen dafür zu begeistern, sieht er sich in einer freiwilligen Pflicht.

Der Familienmensch Wirtz, der inzwischen in Jülich lebt, ist in seiner Freizeit Fußballfan und häufiger Gast bei Spielen in der Mittelrheinliga. „Meine heimliche Liebe ist Alemannia Aachen“, sagt der 65-Jährige fast ein wenig verschämt, aber dennoch nicht ohne tiefe Verbundenheit.

Und was macht der naturverbundene Landwirt, wenn er sich abseits von Berichten, Vorlagen und anderem Papierkram mal so richtig austoben will? „Dann helfe ich meinem Neffen bei der Getreideernte.“ Und die fällt – zeitlich gerade richtig – in die Sommerpause des Parlaments.

Robert Vornholt

Abschied von Uli Hahnen



Die Abgeordneten des Landtags haben am Mittwoch, 27. Januar 2016, Abschied von ihrem Kollegen Uli Hahnen genommen. In einer Schweigeminute gedachten sie des Krefelder SPD-Politikers, der am 9. Januar 2016 nach schwerer Krankheit im Alter von 63 Jahren gestorben war.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke sagte vor Beginn der Plenarsitzung, Hahmens parlamentarische Arbeit sei von „großem Engagement und beeindruckender Sachkenntnis“ geprägt gewesen. Sie würdigte zudem seinen leidenschaftlichen kommunalpolitischen Einsatz in seiner Heimatstadt Krefeld. Gödecke betonte: „Uli Hahnen war ein Politiker, der sein Mandat stets mit großer Verlässlichkeit und Geradlinigkeit wahrnahm. Gleichwohl konnte er mit Offenheit, Warmherzigkeit und Humor überzeugen, was den Sozialdemokraten über Fraktionsgrenzen hinweg beliebt gemacht hat.“

Der Diplom-Finanzwirt gehörte seit Juni 2010 dem Landtag an. Er hatte für die SPD das Direktmandat im Wahlkreis Krefeld I gewonnen. Als Vorsitzender des Unterausschusses Personal und stellvertretender Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses war er bis zuletzt der Finanzpolitik treu geblieben. Seit 1994 war er zudem Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt Krefeld.

Sprechstunde

Der Petitionsausschuss bietet am Montag, 22. Februar 2016, von 15 bis 18 Uhr eine Sprechstunde im Landtag in Düsseldorf an. Der Ausschuss hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Landesbehörde falsch behandelt fühlen. Die Abgeordneten nehmen sich der einzelnen Fälle an und versuchen, je nach Sachlage mit den Beteiligten gemeinsame Lösungswege zu finden. Wer sein Anliegen persönlich vorbringen möchte, kann sich unter Telefon 0211/884-2506 oder -2938 anmelden. So können unnötige Wartezeiten vermieden werden. Weitere Informationen im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Kurz notiert

Botschafterin zu Gast

Vize-Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg hat die niederländische Botschafterin in Deutschland, Monique van Daalen, im Landesparlament empfangen. Sie wurde begleitet vom niederländischen Generalkonsul in Düsseldorf, Ton Lansink.

Die beiden Diplomaten waren Gäste im Ausschuss für Europa und Eine Welt, wo sie den Mitgliedern die Arbeitsschwerpunkte der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft vorstellten. Uhlenberg, der zugleich Vorsitzender der [Parlamentariergruppe NRW-Benelux](#) ist, mahnte beim Empfang der Botschafterin eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage an. Der Wegfall der Grenzen innerhalb Europas sei eine der großen Errungenschaften der EU. Der Vizepräsident betonte: „Wir wollen keine nationalen Grenzen mehr haben.“ Die Niederlande haben seit Januar und noch bis Ende Juni die EU-Ratspräsidentschaft inne. Dann übernimmt die Slowakei.

Segen für 2016

14 Sternsinger aus den Düsseldorfer Stadtteilen Bilk und Friedrichstadt haben am Dreikönigstag, 6. Januar 2016, den Landtag besucht. Sie brachten den Segen Gottes und baten um Spenden für notleidende Kinder in aller Welt. In der Bürgerhalle, am Empfangsraum und am Plenarsaal schrieben die Sternsinger den traditionellen Segensspruch „20°C+M+B+16“ an die Türen. Das Motto der Sternsingeraktion 2016 lautet: „Segen bringen, Segen sein. Respekt für dich, für mich, für andere – in Bolivien und weltweit!“

Treffen & Termine

2.3. Parlamentarischer Abend mit Vertreterinnen und Vertretern der Feuerwehren in NRW

8.3. Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

16.3. Jubiläumsveranstaltung „40 Jahre Verabschiedung des Weiterbildungsgesetzes“

Gestorben

1.1. Ernst Lück (SPD)	MdL 1975-1980
3.1. Peter Beneke (CDU)	MdL 1975-1980
9.1. Uli Hahnen (SPD)	MdL 2010-2016



Landtag Helau und Alaaf!

111 und mehr Prinzenpaare, Dreigestirne, Prinzessinnen und Prinzen aus allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens haben am 26. Januar 2016 den Landtag zum närrischen Parlament gemacht. Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Eckhard Uhlenberg empfingen die Tollitäten gemeinsam mit zahlreichen Landtagsabgeordneten. Beim Abendprogramm platzte die Bürgerhalle aus allen Nähten – es wurde geschunkelt, gefeiert und getanzt. Der Empfang der Tollitäten hat Tradition: Immer kurz vor dem Höhepunkt närrischer Heiterkeit am Rosenmontag zeigen die jecken Ehrengäste, wie bunt und vielfältig der Karneval in Nordrhein-Westfalen ist – stellvertretend für die mehr als eine Million Karnevalisten, die sich in 1.800 Gesellschaften und den 17 Regionalverbänden engagieren.

Foto: Meyer